SkB Peters dankte für die zügige Beantwortung der Anfrage, bemerkte aber gleichzeitig, dass die Antworten zu einigen Fragen für Irritationen gesorgt hätten. So habe ihre Fraktion erwartet, dass das Straßenverkehrsamt etwas zur Frage 3 „Mautvermeidungsstrecke“ ausführe. Auch freue sich ihre Fraktion über die Aussage, dass die Sanierungsarbeiten im Zeitplan liegen und planmäßig bis Frühjahr 2020 abgeschlossen sein sollen. Sie sei aber doch etwas verwundert, dass das Thema „Verzögerungen“ so ganz „unter den Tisch gefallen“ sei. Denn es habe gerade zu Beginn der Baumaßnahme Verzögerungen gegeben. Die Maßnahme sollte im Juli zur verkehrsarmen Sommerferienzeit beginnen. Hierzu sei es dann aber nicht gekommen. Nach einer Pressemitteilung habe sich der Baubeginn durch internen Klärungsbedarf bei wichtigen Planungseinzelheiten auf September verschoben. Für Anwohner, Pendler und ortsansässige Unternehmen sei die Sperrung der L 182 ein Problem. Umso wichtiger sei es natürlich, dass die Verzögerungen aufgeholt werden konnten. Die letzte Frage betreffe den parallel zur L 182 geforderten Radweg. Hier hätte sie als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin Auskunft darüber gewünscht, wie das Planfeststellungsverfahren schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden könne.

Herr Pütz, Leiter des Straßenverkehrsamtes, wies nochmals darauf hin, dass bei Baumaßnahmen auf Bundes- und Landesstraßen der Landesbetrieb Straßen.NRW als Straßenbaulastträger der zuständige Ansprechpartner sei. Auch der Mautausweichverkehr sei eine reine Bundes- und Landesangelegenheit. Das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises habe weder Einfluss darauf, noch liegen hier Erkenntnisse darüber vor.

SkB Peters ergänzte, zwischen der A 61 und der A 555 werde die L 182 sehr häufig von LKWs als Ausweichstrecke genutzt.

Abg. Krauß führte aus, er habe sich als zuständiger Landtagsabgeordneter von Anfang an dafür eingesetzt, dass die L 182 endlich saniert werde. Es sei richtig, dass der Maßnahmenbeginn zunächst für Juli 2019 geplant war. Es gebe aber zurzeit so viele Baumaßnahmen, dass es schwierig gewesen sei, eine entsprechende Baufirma zu finden. Er habe sich heute Mittag zusammen mit dem Bornheimer Bürgermeister Henseler und der Swisttaler Bürgermeisterin Kalkbrenner selbst ein Bild vor Ort gemacht und könne bestätigen, dass der Zeitplan eingehalten wurde. Am 05.12. werde die L 182 für den Anliegerverkehr freigegeben. Damit werde dem Wunsch einiger ortsansässiger Geschäfte entsprochen. Die SPD-Fraktion könne Fragen stellen; es sei aber nicht richtig, dass sie so einen negativen Tenor hineinbringe. Als er 2017 in den Landtag gekommen sei, habe er angenommen, das Thema „Radweg entlang der L 182“ sei schon lange erledigt. Die Ausbausanierung stehe schon seit Jahren auf dem Programm. Es sei schon vor Jahren versäumt worden, die Planung zu beginnen. Wenn man den Radweg jetzt in die Priorisierungsliste von Straßen.NRW für Radwege an Landesstraßen aufnehmen wolle, käme er ans Ende einer langen Liste. Deshalb versuche er, zusammen mit dem Bornheimer Bürgermeister und der Swisttaler Bürgermeisterin alternative Möglichkeiten zu finden (z.B. Bürgerradweg, Gespräche mit den Landwirten zur Sicherung des Grunderwerbs).

SkB Peters erwiderte, es sei Aufgabe der Politik, Fragen zu stellen. So könne kontrolliert werden, ob Sachen funktionieren. Wenn sich herausstelle, dass alles gut laufe, sei es umso besser.

Abg. Seelbach dankte Herrn Krauß für sein Engagement. Es seien aber in erster Linie Fragen an die Verwaltung nach dem derzeitigen Stand und den weiteren Planungen gestellt worden. Die 3. Frage (Bemautung) und die 6. Frage (Radweg) habe der Landesbetrieb noch nicht beantwortet. Hierzu bitte er die Verwaltung in der nächsten Sitzung noch einmal um ergänzende Antwort.

Herr Pütz verwies noch einmal auf die Zuständigkeiten. Das Gesetz zur Bemaßung sei zwar auf Bundesstraßen, nicht aber auf Landesstraßen ausgedehnt worden. Ob hier im Einzelfall Ausnahmen möglich seien, sei eine rechtstheoretische Frage, die das Straßenverkehrsamt nicht beantworten könne. Bezogen auf die Frage nach dem Radweg äußerte er, hier gebe es eine doppelte Zuständigkeit des Landesbetriebs NRW und der Stadt Bornheim als eigene verkehrsrechtliche Anordnungsbehörde.